

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2021

12. April 2021



Liebe Leserinnen und Leser,

seit meinem letzten Newsletter im Dezember 2020 ist landespolitisch sehr viel geschehen. Wir haben einen außergewöhnlichen Wahlkampf hinter uns und eine außergewöhnliche Landtagswahl unter Coronabedingungen. Mit nur elf Prozent ist das Ergebnis der SPD sicher nicht befriedigend. Es hätte aber die Chance bestanden, gemeinsam mit den Grünen und der FDP eine neue Regierung zu bilden. Dies hat aber Ministerpräsident Kretschmann verhindert. Damit verpasst er die Chance für einen echten Aufbruch und will ein „Weiter so“ mit einer CDU, die deutlich vom Wähler abgestraft wurde. Das ist mehr als schade, vor allem für unser Land. Denn ich bin mir sicher, dass ein Ampel-Bündnis für einen echten politischen Aufbruch gesorgt hätte.

Die Fortsetzung der bisherigen Komplementärkoalition wird allerdings unter ganz anderen Vorzeichen ablaufen. Es wird schwer für die geschwächte CDU, sich gegen die deutlich stärkeren Grünen zu behaupten und ihre eigene Klientel zufrieden zu stellen. Die parteiinternen Unruhen werden auch ohne die abgestrafte und fix beiseite geräumte Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann weitergehen und die ohnehin zerstrittene Fraktion unter extreme Spannungen setzen - ganz abgesehen von einem Parteichef und Noch- und wahrscheinlich Wieder-Vize-Ministerpräsident Strobl, der weder über ein Mandat verfügt, noch Rückhalt in der eigenen Fraktion hat. Wie lange das die Landes-CDU gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahlen im Herbst aushalten kann, wird sich zeigen. Und das alles in Zeiten leerer Kassen, die es nicht mehr erlauben werden, jegliche Konflikte oder Probleme einfach mit Geld zuzuschütten. Auch hier wirkt Corona wie ein Brennglas. Bleibt nur zu hoffen, dass es nicht zu einem politischen Flächenbrand kommt. Aber wahrscheinlicher ist, dass uns

weitere fünf Jahre Ambitionslosigkeit und Stillstand bevorstehen.

Bei Weitem nicht genug geschehen ist dagegen hinsichtlich der Corona-Pandemie. Nach dem zweiten Lockdown, einem vermasselten Impfstart, weiteren Unklarheiten bei der Teststrategie und immer stärker grassierenden Virusmutationen befinden wir uns im Landkreis nun mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 200 in der dritten Welle und die Notbremse musste wieder gezogen werden. Unsere Einzelhändler, Gastronomen und die Kulturszene sind weiterhin lahmgelegt und kämpfen häufig verzweifelt um ihre Existenz. Die Geduld der Menschen ist schon lange auf eine harte Probe gestellt.

Doch was mich besonders umtreibt, sind die Kinder und Jugendlichen, die teils gar nicht oder nur sehr eingeschränkt in die Schulen gehen können. Hier hat Noch-Kultusministerin Eisenmann auch nach über einem Jahr Pandemie noch immer kein Konzept vorgelegt. Der Ministerpräsident hat im Bildungsbereich bis zur Regierungsneubildung das Ruder übernommen. Ich bezweifle, dass die neue Regierung für die verbleibenden Monate bis zu den Sommerferien endlich praktikable Lösungen findet. Doch neben massiven Lernrückständen werden wir auch mit verzögerter Sprach- und Persönlichkeitsentwicklung und fehlenden sozialen Fähigkeiten bei vielen Kindern rechnen müssen. Dabei trifft es die ohnehin Benachteiligten besonders hart. Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten, die in den nächsten Jahren auf das Land zukommen, müssen wir hier ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, um das in der Coronakrise Versäumte nachzuholen und allen Kindern und Jugendlichen gute Bildungs- und Entwicklungschancen zu gewähren.

Verliert trotz der weiter andauernden Einschränkungen nicht die Zuversicht und bleibt gesund. Und natürlich wünsche ich Euch auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Transparenzregistergesetz

Nach der Zweiten Lesung am 4. Februar (143. Sitzung) verabschiedete der Landtag den von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf für die Einführung eines Transparenzregisters.

In der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs am 27. Januar verwies der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Boris Weirauch** darauf, dass erst der von der SPD Ende letzten Jahres eingebrachte Gesetzentwurf für ein Lobbyregister die Regierungsfaktionen genötigt habe, ein derartiges Gesetz auf den Weg zu bringen. Viereinhalb Jahre habe Grün-Schwarz dieses Thema ausgesessen trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag. Der SPD-Antrag habe endlich Schwung in die Debatte gebracht und gemeinsam haben alle demokratischen Parteien des Landtags über den Jahreswechsel entsprechende Verhandlungen geführt und in einem fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf einen guten Kompromiss gefunden. Dieses Gesetz sei wichtig, um Integrität, Glaubwürdigkeit und Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen von Parlament und Landesregierung zu schaffen, auch wenn die SPD sich an manchen Stellen einen engeren Rahmen und vor allem stärkere Sanktionsmöglichkeiten gewünscht hätte. Wichtig sei den Parteien vor allem die exekutive Fußspur dabei gewesen, d.h. die Entstehung von Gesetzentwürfen nachvollziehbar zu machen. Institutionen von Verfassungsrang sollten aus dem Regelungsrahmen ausgenommen bleiben.

Nach dem landeseigenen Pandemiegesetz sei dies bereits der zweite erfolgreiche Anstoß zu einem Gesetz aus der demokratischen Opposition heraus und zeige, wie wichtig und konstruktiv Oppositionsarbeit sein kann. Die demokratischen Parteien im baden-württembergischen Landtag seien in der Lage, bei wichtigen parlamentarischen Fragen eine fraktionsübergreifende Einigung zu erzielen und gemeinsam Gesetzentwürfe einzubringen und zu verabschieden. Mit diesem Gesetz sei Baden-Württemberg Vorreiter in der gesamten Republik. Es habe Signalwirkung und setze einen guten Aufschlag für die kommende Legislaturperiode, demokratische Willensbildungsprozesse transparenter und nachvollziehbarer abzubilden und dadurch wesentlich zu verbessern.

Die SPD-Fraktion werde sich in der nächsten Legislaturperiode des Weiteren dafür stark machen, einen einheitlichen und verbindlichen Verhaltenskodex zu beschließen, der die Grundsätze der Ehrlichkeit, Offenheit und Integrität für die Wahrnehmung der Interessenvertretung im Landtag beinhaltet.

Der Gesetzentwurf ist einsehbar unter: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/9000/16_9738_D.pdf

Sondersitzung zu Corona-Maßnahmen

Am 24. März diskutierte der Landtag in einer weiteren Sondersitzung die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie in der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder am 22. März beschlossen wurden. Allerdings wurde der Ministerpräsident noch während seiner Regierungsinformation kurzfristig zu einer erneuten Konferenz geladen, bei der die beschlossenen Maßnahmen größtenteils wieder zurückgenommen wurden. (Auszug aus meiner Rede)

Schon in der ersten Runde der Aussprache zur Regierungsinformation habe ich den Vorschlag einer „Osterruhe“, d.h. eines strengeren Lockdowns von Gründonnerstag bis Ostermontag, als schwer nachvollziehbar und äußerst schwierig in der Umsetzung kritisiert. Nach der Bekanntgabe des Ministerpräsidenten, dass die Osterruhe hinfällig ist, habe ich in der zweiten Ausspracherunde darauf hingewiesen, dass es gut ist, erkannte Fehler möglichst schnell zu korrigieren, um dann sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen: „Ich halte es für richtig, dass der Ministerpräsident sich diesbezüglich erklärt und sich im Namen der Regierung entschuldigt hat. Es muss jetzt darum gehen, dass wir in dieser außerordentlich schwierigen Situation – nicht nur was die Pandemie betrifft, sondern auch im Hinblick auf die Bildung einer neuen Regierung – dieses Land trotzdem weiterhin gut durch die Krise bringen. Es kann nicht sein, dass wir in den nächsten Wochen eine nicht-handlungsfähige Regierung haben. Deswegen möchte ich nochmals ganz deutlich den Bereich der Bildung ansprechen. Es ist außerordentlich wichtig, dass wir gerade hier verlässliche Vorgaben machen und auf Basis eines sich verändernden Infektionsgeschehens Perspektiven schaffen. Dabei müssen wir den Schaden, den Kinder und Jugendliche durch Corona erlitten haben, so klein wie möglich halten. Wir müssen den Menschen, die an Kitas und Schulen arbeiten, den Schutz geben, den sie dringend brauchen, und auch die Kinder im Blick haben. Vor wenigen Wochen ging die Landesregierung noch von der Heidelbergstudie aus, die ein geringes Infektionsgeschehen bei Kindern voraussetzt. Wir wissen aber heute, dass, insbesondere was die Mutationen betrifft, die Ansteckungen gerade bei Kindern geschehen. Hier geht es um die Verantwortung für die jungen Menschen in unserem Land. Sie dürfen nicht die Hauptleidtragenden von Corona sein. Wir müssen Gesundheitsschutz und das Recht auf Bildung in Einklang bringen und zwar auch in der schwierigen Zeit vor der Bildung einer neuen Landesregierung. Lassen Sie uns dieses gemeinsam tun!“

Unser Ergebnis bei der Landtagswahl



Gerade in Zeiten von Corona war unser Wahlkampf aus der Opposition heraus sehr schwierig. Wir mussten neue digitale Formate finden und das ist uns gut gelungen. Ich habe sämtliche Wahlkreise im Land besucht und die dortigen Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem Wahlkampf vor Ort unterstützt. 11 Prozent ist ganz sicher nicht das Ergebnis, das wir uns gewünscht haben. Doch es ist immerhin deutlich besser, als es uns so mancher prophezeit hatte. Der Wahlabend war regelrecht eine Zitterparty, denn eine ganze Weile sah es so aus, als wenn eine knappe grün-rote Mehrheit zustande kommen könnte. Aber leider hat es nicht gereicht, um unseren Weg von 2011-2016 fortzusetzen.

Klar ist aber, dass die Menschen eine neue, eine bessere Landesregierung wollen. Die CDU wurde abgewählt – und wahrscheinlich wäre das Ergebnis noch viel deutlicher ausgefallen, wenn die Affären um Maskendeals und Baku-Connections früher ans Tageslicht gekommen wären und nicht viele Wählerinnen und Wähler ihre Stimme bereits per Briefwahl abgegeben hätten. Die Menschen wollen keine Neuaufgabe der bisherigen Landesregierung. Und die Ergebnisse sowohl in Baden-Württemberg als in Rheinland-Pfalz zeigen eine klare Tendenz und spiegeln die Situation im Bund wieder: Es gibt Mehrheiten jenseits von CDU/CSU und machen alternative Regierungsbildungen möglich.

Die SPD ist trotz allem nun wieder drittstärkste Kraft im Landtag und die AfD wurde auf den letzten Platz verwiesen. Wir werden auch im kommenden Landtag mit 19 Abgeordneten vertreten sein und weiterhin für ein soziales, modernes und gerechteres Baden-Württemberg kämpfen.

Mein Ergebnis im Wahlkreis

Mit 20,2 Prozent habe ich das zweitbeste Wahlergebnis im Land erzielt, hinter Stefan Fulst-Blei in Mannheim, das traditionell als SPD-Hochburg gilt. Ich konnte mich zum Ergebnis von 2016 sogar leicht um 0,8 Prozentpunkte verbessern, obwohl sich das Ergebnis im Land um 1,7 Prozent verschlechtert hat. Über dieses Ergebnis freue ich mich sehr, denn es zeigt mir, dass meine Arbeit als örtlicher Abgeordneter wertgeschätzt wird und die Menschen mir vertrauen. Gerne werde ich die Interessen des Wahlkreises auch weiterhin in Stuttgart vertreten. Besonders freut es mich aber, dass die AfD deutlich verloren und zukünftig kein Mandat mehr hier im Wahlkreis hat. Viele Wählerinnen und Wähler haben erkannt, dass diese Partei außer populistischen und teilweise rechtsextremistischen Positionen sowie unsäglichen Störungen im Landtag nichts zum Wohle der Menschen beizutragen hat.



Zu meinem guten Abschneiden haben auch die vielen Helferinnen und Helfer aus den SPD-Ortsvereinen und von den Jusos sowie allen voran mein Wahlkampfleiter Wolfgang Lutz und meine Ersatzkandidatin Maja Reusch beigetragen. Ihnen allen gebührt ein herzliches Dankeschön!



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
 Redaktion: Danjela Folberth
 Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
 Tel.: 07321 / 4 00 80
 E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
 Internet: www.andreas-stoch.de